

Griechenlands Weg zum EU-Vorsitz

Autor(en): **Tzermias, Pavlos**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **74 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165275>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GRIECHENLANDS WEG ZUM EU-VORSITZ

Griechenland hat seit dem 1. Januar 1994 für ein halbes Jahr das Präsidium der Europäischen Union inne. Seine bewegte Vergangenheit und belastete Gegenwart kann nicht ohne Kenntnis der turbulenten Geschichte seines politischen Systems in diesem Jahrhundert verstanden werden.

Am 28. August 1909 lehnten sich in Gudi bei Athen Militäreinheiten gegen die Herrschaftspraktiken der Krone und der «alten politischen Welt» auf. Jene Erhebung stellte eine historische Zäsur dar. Die Militärliga, die hinter der Revolte stand, berief den Kreter *Eleftherios Venizelos* (1864–1936) nach Athen. Dieser übernahm 1910 die Regierungsverantwortung. Aus den Wahlen vom 11. Dezember 1910 gingen die Venizelisten als grosse Sieger hervor. Es kam zu einer eindrucksvollen Erneuerung der politischen Kräfte.

Venizelos – Staatsmann und Reformier

Die von Venizelos ins Leben gerufene Partei der Liberalen wurde zur treibenden Kraft des politischen Wandels. In der Venizelos-Ära errang das Bürgertum innerhalb des sozialen Gefüges die Vorherrschaft. In jener denkwürdigen Zeit folgten ihm weitgehend die Bauernschaft und die noch mit «Kinderkrankheiten» ringende Arbeiterklasse. Mit Venizelos an der Spitze der Regierung wurden in der Periode 1910–1914 grundlegende Reformen auf den Gebieten der Verwaltung, der Justiz und des Militärwesens durchgeführt. Der reformerische Wille kam auch im Arbeitsrecht und in der Verfassungsrevision von 1911 (Stärkung des Schutzes des Individuums vor dem Staat, Verankerung der Enteignung zur Ausstattung landloser Bauern u.a.) zum Ausdruck. Mit dem Ziel der Schaffung eines modernen bürgerlichen Nationalstaates war die aussenpolitische Strategie verbunden. Im Zuge der Balkankriege

(1912–1913) nahm das hellenische Territorium um etwa 90 Prozent zu.

Die Periode 1915–1922 war die Zeit des *Ethnikos Dichasmos*, der durch den Zwist zwischen Venizelisten und Antivenizelisten verursachten nationalen Spaltung. Streitpunkt war vor allem die aussenpolitische Orientierung des Landes: Kriegseintritt an der

Seite der Entente oder prodeutsche Neutralität? Venizelos befürwortete den Schulterschluss mit den Entente-Mächten. Sein Ziel war der Ausbau der Territorialgewinne aus den Balkankriegen.

König Konstantin I., der Nachfolger *Georgs I.*, war deutschfreundlich. Es fand indes zugleich eine Art «Konterrevolution» gegen die bürgerliche Erhebung von 1909 statt. Das Ergebnis war eine Staatskrise, die zeigte, dass der venizelistischen Reformtätigkeit durch die Opposition konservativer Kräfte und den Primat der Aussenpolitik von Anfang an Grenzen gesetzt waren. Die Wahlniederlage der Liberalen im November 1920 gehörte

zu den vielschichtigen Faktoren, welche die Realisierung der *Megali Idea* (Grosse Idee) von Venizelos, des «Griechenland der zwei Kontinente und der fünf Meere», verhinderten. Die Niederlage der griechischen Armee in Kleinasien im Jahre 1922, die «Kleinasiatische Katastrophe», bedeutete das Ende der *Megali Idea*.

Es folgten eine Militärrevolte und die Abdankung König Konstantins I. Am 25. März 1924 rief die aus den Wahlen hervorgegangene Verfassungsgebende Versammlung die Republik aus. Bis 1928 war die «erste» oder – wenn man mit bestimmten Autoren

Fläche	131957 km ²
Einwohner	10,3 Mio.
Einwohner/km ²	78,1 (1991)
Bev.-Wachstum/Jahr	0,4%
Hauptstadt	Athen (3,3 Mio. Einw.)
Sprache	Neugriechisch
Religion	Griech.-orth. (98%), moslem. (1,5%), kath. (0,4%)
Währung	Drachme (Dr)
BSP/Kopf	7100 \$ (1993)
Inflation	14,4% (1993)
Arbeitslos	9,5% (1993)
Urbanisierung	63%
Alphabetisierung	93%
Einw. pro Arzt	300

das politische System während des Freiheitskampfes als erste Republik betrachtet – die «zweite» griechische Republik (1924–1935) durch Instabilität, Turbulenzen und Anomalien gekennzeichnet. Als «Vater» dieser Republik gilt *Alexandros Papanastasiou* (1876–1936), ein aus dem venizelistischen Lager hervorgegangener Politiker, der unter dem Einfluss sozialpolitischer Strömungen in Deutschland (Kathedersozialismus) stand. Die 1918 gegründete Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands (SEKE) war seit 1924 unter dem Namen Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) aktiv. Vorerst führte sie allerdings mehr oder weniger ein Sektierer-dasein.

Im Frühjahr 1928 war die Zeit reif für ein Comeback von Venizelos. Sein Wirtschaftskurs und die Verknüpfung der Agrarreform mit der Lösung des Flüchtlingsproblems nach der «Kleinasiatischen Katastrophe» stiessen auf Kritik von links und rechts, auf die er nicht selten durch autoritäres bzw. ungeschicktes Verhalten reagierte. In einem Klima der wachsenden Unzufriedenheit geriet sogar die grosse Tat der griechisch-türkischen Annäherung von 1930 in Misskredit oder Vergessenheit. Übelgenommen wurde dem grossen Staatsmann seitens vieler Griechen auch seine «neutrale» Haltung gegenüber dem zypriotischen Aufstand gegen die britische Herrschaft im Jahre 1931. Am 21. Mai 1932 trat Venizelos zurück.

Die Diktatur unter Metaxas

Es folgte eine Periode der Instabilität (1932–1935). Sie war durch häufige Regierungswechsel, Einmischungen der Militärs in die Politik und Verschärfung der sozialen und politischen Gegensätze gekennzeichnet. Davon profitierten jene reaktionären Kräfte, die sich die Restauration der Monarchie bzw. die Errichtung eines autoritären Regimes zum Ziel setzten. Nach dem gefälschten Plebiszit vom 3. November 1935 kehrte König *Georg II.*, der Nachfolger *Konstantins I.*, nach Athen zurück. Das Versagen beinahe der gesamten politischen Klasse erleichterte den Aufstieg von *Ioannis Metaxas* (1871–1941) zur Macht. Dieser autoritär gesinnte Mann übernahm zwar mit dem Willen des Parlaments die Regierungsverantwortung. Am 4. August 1936 benutzte er aber die – keineswegs bestehende – «kommunistische Gefahr» als Vorwand, um mit dem Segen des Monar-

chen die Demokratie abzuschaffen. Während der Diktatur vom 4. August (1936–1941), einer partiellen Nachahmung des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus, war die Verfolgung der Andersdenkenden gang und gäbe. Immerhin versöhnte sich der Diktator mit seinem gemarterten Volk, als er am 28. Oktober 1941 das Ultimatum *Benito Mussolinis* zurückwies.

In der Zeit der deutsch-italienisch-bulgarischen Okkupation (1941–1944) profitierte die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) vom Bedürfnis breiter Volksschichten, den Besatzern die Stirn zu bieten. Es gelang den durch die Metaxas-Diktatur dezimierten KKE-Kadern, die Schläge der Vergangenheit zu überwinden und mittels der Résistance zum machtpolitischen Faktor ersten Ranges zu werden.

Zwischen Kommunismus und Nationalismus

Die Kommunisten bauten in den befreiten Gebieten ein neues politisches System auf, dessen Machtstruktur ihnen nach dem Krieg die ausschliessliche Kontrolle garantieren sollte. Die KKE-Führung, auf dem organisatorischen Sektor sehr befähigt, auf dem Parkett der hohen Politik jedoch unerfahren, konnte sich in entscheidenden Augenblicken allerdings weder für die hundertprozentige Machtergreifung noch für den vollständigen und aufrichtigen Verzicht auf Gewalt entschliessen.

Das Ergebnis war ein Zickzackkurs, der später im kommunistischen Schrifttum Gegenstand unterschiedlicher Betrachtungen, Kritiken und Polemiken wurde. Die blutige KKE-Konfrontation mit den Briten in Athen im Dezember 1944 und der eigentliche Bürgerkrieg der Jahre 1946–1949 brachten dem griechischen Volk, einschliesslich der Kommunisten selbst, viel Unheil. Diese neugriechische Tragödie wickelte sich im Strudel der internationalen Politik der Interessensphären ab, wobei *Stalin* im KKE-Kampf einen Stellvertreterkrieg, *Tito* ein Mittel zur Durchsetzung seiner Hegemoniepläne auf dem Balkan erblickte. Im Zwist zwischen

Stalin und Tito spielten u.a. die vertrackte Mazedonienfrage und die Doktrin von der Existenz einer mazedonischen Nation eine Rolle – eine Doktrin, welche die territoriale Integrität Griechenlands in Frage stellte.

Im Zwist zwischen Stalin und Tito spielten u.a. die vertrackte Mazedonienfrage und die Doktrin von der Existenz einer mazedonischen Nation eine Rolle – eine Doktrin, welche die territoriale Integrität Griechenlands in Frage stellte.

Die KKE-Agitation während der Nachkriegsjahre wurde durch den rechtsradikalen Revanchismus begünstigt. Sowohl bei den Parlamentswahlen vom 31. März 1946 als auch beim Plebiszit vom 1. September 1946 (ungefähr 68 Prozent für den König) machte sich ein Rechtsruck bemerkbar, der teils auf den «weissen Terror», teils aber auch auf die Reaktion vieler Bürger auf die bitteren Erfahrungen mit dem Kommunismus zurückging. Die Hauptanstrengungen zur Bekämpfung des kommunistischen Aufstands wurden während der Zeit unternommen, in der an der Spitze der Regierung der Liberale *Themistoklis Sofoulis* (1860–1949) stand (September 1947 bis Juni 1948). Formell bildete der Führer der Liberalen während der betreffenden Periode vier verschiedene Kabinette. Sie beruhten auf dem Schulterschluss der Partei der Liberalen mit der royalistisch-konservativen Volkspartei. *De facto* waren also die liberal-zentristischen Kräfte weitgehend machtlos. Die Armee, der Staat und der sogenannte Nebenstaat (*Parakratos*) waren von intransigenten, ja zum Teil sogar von faschistischen oder zumindest faschistoiden Elementen beherrscht. Durch die berüchtigten «ausserordentlichen Massnahmen» wurde das politische System pervertiert. Die Verfassung wurde weitgehend ihres freiheitlichen Gehaltes beraubt. Geschaffen wurde eine autoritäre «Nebenverfassung», die dem Machtmissbrauch gegen die Andersdenkenden Tür und Tor öffnete. Ein wesentliches Charakteristikum der Periode 1949–1952 bestand darin, dass das politische Problem ungelöst blieb. Auf dem Kriegsfeld wurden die Kommunisten geschlagen. Die Demokratie war aber verkrüppelt. Die am 1. Januar 1952 in Kraft getretene neue Verfassung entsprach trotz einer Reihe positiv zu bewertender Neuerungen nicht dem Bedürfnis nach Überwindung der Folgen des Bürgerkrieges. Während der Regierungszeit (1952–1955) der von *Alexandros Papagos* (1883–1955) geleiteten Hellenischen Sammlung konnte dank der relativen politischen Stabilität die ökonomische Stagnation überwunden werden. Die politischen Strukturschwächen wurden jedoch nicht beseitigt, zumal Papagos paternalistisch regierte.

Fortschritte und bleibende Strukturschwächen

Die erste Regierungszeit (1955–1963) des «strengen Makedoniers» *Konstantinos Karamanlis* (geb.

1907) brachte erhebliche ökonomische Fortschritte. Manche sozioökonomische Strukturschwäche blieb indes bestehen. Vor allem aber vermochte Karamanlis, der trotz seines Selbstbewusstseins und seiner notorischen Willensstärke ein Gefangener des Regimes war, das politische System nicht grundlegend zu modernisieren. Die von ihm ins Leben gerufene Nationale Radikale Union (ERE) war formell eine neue Partei. In Wirklichkeit setzte sie sich freilich grösstenteils aus den Politikern der konservativen Hellenischen Sammlung zusammen. Im Februar 1963 misslang ein – verspäteter! – Vorstoss von Karamanlis zur Revision der nicht fundamentalen Bestimmungen der Verfassung von 1952. Gegen die ihm von dubiosen Elementen des «nationalgesinnten» Lagers zugedachte Rolle lehnte sich Karamanlis erstmals mit Vehemenz auf, als am 22. Mai 1963 nach einer Friedenskundgebung in Saloniki der linksgerichtete Abgeordnete *Grigoris Lambrakis* (1918–1963) auf offener Strasse von einem Dreirad überfahren, schwer verletzt wurde und in der Folge im Spital starb. Die Justiz qualifizierte die Handlung als Körperverletzung mit Todesfolge, doch für einen grossen Teil der Öffentlichkeit war es Mord. Bald darauf kam es zum offenen Zwist zwischen dem Premier und der Krone. Am 11. Juni 1963 demissionierte die Regierung Karamanlis.

Das Experiment des Kabinetts der Zentrumsunion (1963–1965) unter *Georgios Papandreou* (1888–1968) scheiterte teils an den eigenen Schwächen der heterogenen Regierungspartei, teils an den Mächtigkeiten des Hofes. *Konstantin II.*, der Sohn des im März 1964 verstorbenen *Königs Paul I.* (dieser hatte 1947 die Nachfolge seines Bruders Georg II. angetreten), zeichnete sich nicht durch das konziliante Wesen seines Vaters aus. Zur Intransigenz trugen auch die Ratschläge seiner Mutter *Friederike* sowie unbesonnene Berater bei. Der Zentrumsregierung gelang die Entpolitisierung von Streitkräften und Polizei nicht. Die Rechtsextremisten um *Georgios Papadopoulos* konspirierten in der Armee. *Andreas Papandreou* (geb. 1919), der Sohn des Premiers, in seiner Jugend Trotzkiist, wollte sich durch Rhetorik als «unerschrockener Kämpfer gegen das Establishment» profilieren. Seitens der Rechten wurde er deshalb dämonisiert. Ein grosser Teil des Rechtslagers verfiel in Panik vor der «Gefahr des Kommunismus». Angesichts des von Konstantin II. eingeschlagenen Konfrontationskurses musste Georgios

**Eine der
Hauptschwächen
liegt in der
Verkennung der Kluft
zwischen den
hochgesteckten
Zielen
und den zur
Verfügung stehenden
bescheidenen
Mitteln.**

Papandreou am 15. Juli 1965 demissionieren. Es folgte die Zeit der durch Intrigen der Krone gebildeten «Apostatenkabinette», d.h. der sich aus Abtrünnigen der Zentrumsunion zusammensetzenden Regierungen – ein trauriges Kapitel in der parlamentarischen Geschichte Griechenlands.

Siebenjährige Militärdiktatur

Für den 28. Mai 1967 waren Parlamentswahlen ausgeschrieben. Doch die Scharfmacher im Lager der «Nationaldenkenden» hatten Angst davor, denn Georgios Papandreou war wegen der Machenschaften der Krone zum Volkshelden geworden. In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 riss die Papadopoulos-Verschwörergruppe die Macht an sich. Die siebenjährige Militärdiktatur (1967–1974) bedeutete in letzter Analyse eine Akzentuierung der schon zuvor weitgehend praktizierten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Im «Griechenland griechischer Christen» wurde ein geradezu mystifizierter Begriff der Nation (*Ethnos*) zur Unterdrückung des Volkes (*Laos*) missbraucht. Die Usurpatoren der Macht, die zunächst vor allem, wenn auch keineswegs ausschliesslich, gegen die Linke hart vorgingen, richteten im Laufe der Zeit ihren Unterdrückungsapparat immer mehr und härter auch gegen Andersdenkende der Rechten und des Zentrums. Aussenpolitisch führten sie im Sommer 1974 durch den *Ioannidis*-Putsch gegen Erzbischof *Makarios* auf Zypern das Land an den Rand einer neuen «Kleinasiatischen Katastrophe».

Neue Republik

Die auf den Trümmern der zusammengebrochenen Militärjunta entstandene neue («zweite» bzw. «dritte») Republik, die 1994 20 Jahre alt wird, bildet im Vergleich mit dem politischen System vor der Errichtung des Militärregimes insgesamt betrachtet einen Fortschritt. Von der Belastung der zwei nationalen Spaltungen (Venizelisten und Antivenizelisten, Kommunisten und Ethnikofrones) ist nicht mehr viel zu spüren. Dazu trug Konstantinos Karamanlis während seiner zweiten Regierungszeit (1974–1980) wesentlich bei.

Die am 11. Juni 1975 in Kraft getretene neue Verfassung war gesetzestechnisch keine Meisterleistung. Stark umstritten waren gewisse einschneidende Be-

fugnisse, welche die Verfassung dem Präsidenten der Republik einräumte.

Verbindung von Freiheit und Stabilität

Zu einem nicht unbeträchtlichen Teil war die Kritik an der Verfassung von 1975 begrifflich und begründet. Nicht selten gingen die Kritiker aber am Streben von Karamanlis nach einer harmonischen Verbindung von Freiheit und Stabilität vorbei. Am 19. Juni 1975 wurde *Konstantinos Tsatsos* (1899–1987), ein grosser Bewunderer von Karamanlis, mit dessen Unterstützung für fünf Jahre (1975–1980) zum Präsidenten der Republik gewählt. Aus Rücksicht auf den Premier übte er sein Amt im Stil der Wahrnehmung lediglich repräsentativer und kultureller Aufgaben aus. Aber auch Karamanlis selbst machte später als Staatsoberhaupt (1980–1985) von den «Superkompetenzen» keinen Gebrauch. Das war eine kluge Haltung, die dem Bestreben entsprang, eine Konfrontation mit dem seit dem Oktober 1981 regierenden Andreas Papandreou zu vermeiden.

Diskrepanz zwischen Programmatik und Wirklichkeit

Es gehört zu den Positiva des postdiktatorischen politischen Systems Griechenlands, dass sich der Übergang von der Ära der von Karamanlis 1974 ins Leben gerufenen liberal-konservativen *Nea Dimokratia* (ND) zu derjenigen der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) Papandreous reibungslos vollzog. Nach der Übernahme des Amtes des Staatsoberhauptes durch Karamanlis stand *Georgios Rallis* (geb. 1918) an der Spitze der ND. Er regierte vom Mai 1980 bis zum Oktober 1981. Bei den von ihm einwandfrei durchgeführten Parlamentswahlen vom 18. Oktober 1981 machte PASOK-Führer Papandreou das Rennen.

Während der Neodemokraten-Ära (1974–1981) gab es nebst bemerkenswerten Leistungen (vor allem dem konsequent angestrebten und am 1. Januar 1981 erfolgten EG-Beitritt des Landes) auch Fehler und Unterlassungen auf dem sozioökonomischen, administrativen und ökologischen Sektor. Dies erleichterte den Aufstieg Papandreous zur Macht. Das PASOK-Experiment der Jahre 1981–1989 wiederum stand im Zeichen der Diskrepanz zwischen Programmatik und Wirklichkeit. Die Vision eines «anderen Griechenland» blieb grösstenteils unerfüllt.

Im
«Griechenland
griechischer Christen»
wurde
ein geradezu
mystifizierter
Begriff
der Nation
(*Ethnos*)
zur Unterdrückung
des Volkes
(*Laos*)
missbraucht.

Erfreulich war die «Aufwertung» der sich früher benachteiligt fühlenden linksgerichteten Bürger. Papandreou ging hier – vor allem durch die Rehabilitierung der linksgerichteten Résistance – weiter als Karamanlis. In manchem Fall legte die «Bewegung» Papandreous, was die bürgerlich-demokratische Modernisierung des Landes anbelangt, mehr Mut an den Tag als die ND. Die an und für sich problemfreie Kohabitation von Staatschef Karamanlis und Premier Papandreou endete allerdings am 9. März 1985 mit dem ethisch und politisch bedenklichen Überraschungscoup des PASOK-Führers gegen den «strengen Makedonier». Entgegen der allgemeinen Erwartung nominierten das PASOK-Zentralkomitee und die PASOK-Parlamentsfraktion auf Vorschlag Papandreous nicht Karamanlis als Staatschef für die Amtsperiode 1985–1990, sondern *Christos Sartzetakis*. Die Art und Weise, auf welche dieser vom Parlament zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, war verfassungsrechtlich zumindest fragwürdig. Der Überraschungscoup gegen Karamanlis wurde mit der Einleitung eines Verfahrens zur Revision der Verfassungsvorschriften über die «Superkompetenzen» verknüpft.

Verfassungsreform als Dauertraktandum

Das aus den Wahlen vom 2. Juni 1985 hervorgegangene «6. Verfassungsändernde Parlament» verabschiedete am 6. März 1986 ohne die Stimmen der ND und der Kommunisten die revidierte Verfassung. Die Verfassungsreform von 1985/86 hat zur Stärkung der Stellung des Ministerpräsidenten geführt.

Eigentlich sollte der Premierminister *primus inter pares* sein. Faktisch ist er aber – nach der prägnanten ironischen Charakterisierung des Verfassungsrechtlers *Aristovoulos Manesis* – *primus solus*. Das galt für Andreas Papandreou bis zu seiner Wahlniederlage vom Juni 1989. Das galt auch für den vom April 1990 bis zum Oktober 1993 regierenden Neodemokratenführer *Kostas Mitsotakis* (geb. 1918). Zu Recht wird heute eine Neuregelung des Verhältnisses von Exekutive und Legislative im Sinne einer Stärkung der demokratischen Kontrolle gefordert.

Hier spielt freilich auch das Wahlrecht eine Rolle. Das sogenannte verstärkte Verhältniswahlssystem (ein Gemisch von Proporz und Majorz) begünstigte in der postdiktatorischen Republik vom November 1974 bis zum Juni 1989 das Regieren durch eine ein-

zige Partei. Die Resultate der Parlamentswahlen vom 8. April 1990 (ND 46,88 Prozent, PASOK 38,62 Prozent, Linksallianz 10,28 Prozent) zeigten, dass die Bipolarität trotz des theoretisch den parteipolitischen Pluralismus begünstigenden Wahlgesetzes ein hervorragendes Merkmal des neuen Parlamentes blieb, zumal im politischen Raum PASOK-Linksallianz die Grenze zwischen den beiden Formationen oft fliessend war.

Die Bildung der Koalitionsregierungen *Tzannetakis* und *Zolotas* entsprach daher nicht einem längerfristigen politischen Kompromiss (etwa nach dem Modell der Zusammenarbeit eines der beiden «Giganten» mit einer «dritten Kraft» (wie sich die FDP in Deutschland versteht), geschweige denn einer «Konkordanzdemokratie» im schweizerischen Sinne. Es gibt zwar griechische Befürworter eines im zwischenparteilichen Konsens wurzelnden Regierungssystems. Eine solche Entwicklung hätte u.a. die Überwindung des als *primus solus* regierenden Ministerpräsidenten zur Folge. Im Augenblick sind jedoch keine ins Gewicht fallenden konkreten Trends in dieser Richtung in Sicht. Schon bei den Parlamentswahlen vom 20. November 1977 erlitt die mehr oder weniger liberal orientierte politische Mitte eine Schwächung. Heute besteht keine nennenswerte Zentrumsparterie.

Die Linke und die Rechte sind innerlich zerstritten, und die ND hatte als Regierungspartei (1990–1993) relativ schnell mit gewaltigen Abnutzungs- und Krisenerscheinungen zu ringen. Karamanlis hatte seinerzeit verkündet, die ND-Ideologie sei der radikale Liberalismus, der sich zwischen dem traditionellen Liberalismus und dem demokratischen Sozialismus befinde. Der radikale Liberalismus blieb allerdings schon wegen der Heterogenität der Partei eine weitgehend inhaltsleere Losung. Der ideologische Krieg war meistens dogmatisch und vielfach unaufrichtig, weil mit populistischen Hintergedanken und persönlichen Rivalitäten verbunden.

Populismus, Paternalismus und Politikverdrossenheit

Wegen der Dissidenz einzelner Abgeordneter musste Mitsotakis im September 1993 vorzeitige Wahlen ausschreiben lassen. Beinahe erwartungsgemäss machte Andreas Papandreou beim Urnengang vom 10. Oktober 1993 das Rennen. Seine «Bewe-

Der ideologische Krieg

war aber meistens

dogmatisch

und vielfach

unaufrichtig,

weil mit

populistischen

Hintergedanken und

persönlichen

Rivalitäten

verbunden.

gung» vereinigte einen Stimmenanteil von 46,9 Prozent auf sich und errang somit im 300köpfigen Parlament eine sehr bequeme Mehrheit von 170 Sitzen.

Das Wahlresultat war allerdings mehr eine Absage an die ND bzw. an Mitsotakis und weniger ein PASOK-Erfolg. Nach der ND-Wahlniederlage begann im Schosse der Partei ein Kampf um die Nachfolge von Mitsotakis. Zum neuen Parteiführer wurde der 54jährige *Miltiadis (Miltos) Evert* gewählt, der sich als Fortführer des Werkes von Konstantinos Karamanlis versteht. Die Anwendung demokratischer Prozeduren bei der Regelung der Nachfolge von Mitsotakis im Amt des Parteiführers ist an und für sich positiv zu würdigen. Es wäre allerdings zumindest verfrüht, von einer überzeugenden Modernisierung der Partei der Neodemokraten zu reden. Das Bedürfnis nach einem starken Führer prägt das Gesicht der ND immer noch in hohem Masse.

In bezug auf die Freiheit nach innen und die Teilnahme der Basis am Willensbildungsprozess sind die Verhältnisse bei der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung noch unbefriedigender als bei der Nea Dimokratia. Der Führungsstil Papandreou wird als persönlich und autoritär bezeichnet, es gibt wenig innerparteiliche Demokratie. Seit Mai 1990 ist die Papandreou-

«Bewegung», die einst den «Sozialdemokratismus» anprangerte, Vollmitglied der Sozialistischen Internationale (SI). Erst die Zukunft wird zeigen, ob die SI-Mitgliedschaft zur Bildung einer demokratisch aufgebauten politischen Formation (etwa nach dem SPD-Vorbild) führen wird. In der «Bewegung» gab und gibt es trotz des Paternalismus Papandreous unterschiedliche Strömungen und personelle Antagonismen. Wegen ihrer organisatorischen Eigenart ist die PASOK aber stets einer Struktur- und Führungskrise ausgesetzt. Andererseits hat sie einen grossen Teil des Volkes hinter sich, und die betreffende Wählerschaft wird wohl irgendwie auch in der Zukunft einen gewichtigen Faktor der politischen Landschaft darstellen. Die ersten Erklärungen Papandreous nach der erneuten Übernahme der Regierungsverantwortung waren auffallend gemässigt.

Es ist schwierig, Entwicklungstrends der griechischen Politik in einer Phase zu eruieren, in der beinahe auf allen Gebieten Imponderabilien bestehen. Vieles spricht dafür, dass ein grosser Teil des Volkes von der gesamten politischen Klasse genug hat. Die Unwägbarkeiten werden durch die Interdependenz von Aussen- und Innenpolitik noch akzentuiert. So

wurde z.B. der leidige Zwist zwischen Athen und Skopje nicht zuletzt wegen des nationalistischen Populismus des früheren neodemokratischen Aussenministers *Antonis Samaras*, der später eine eigene Partei («Politischer Frühling») gründete und nach dem Urnengang vom 10. Oktober 1993 als dritte Kraft ins Parlament einzog, zu einem Innenpolitikum, wobei der Einsatz von Mitsotakis für eine vernünftige Kompromiss-Regelung als «*national unannehmbare Nachgiebigkeit*» hingestellt wurde. Bisher hat sich der Trend zum politischen Paternalismus, eine belastende Hypothek der Vergangenheit, als besonders stark erwiesen. Es gibt indes auch nicht wenige Griechen und Griechinnen, die der Ansicht sind, dass Griechenland von – wirklichen oder vermeintlichen – Charismatikern Abschied nehmen, seine

freiheitliche Demokratie vertiefen, die Beteiligung des Volkes an Entscheidungen fördern und die Bevormundung durch Paternalisten dieser oder jener Farbe abschütteln sollte. Jenseits der Antagonismen der Parteien obliegt es in letzter Analyse den Bürgern und Bürgerinnen selbst, sich um die Hebung der politischen Kultur zu bemühen und eine regierende anstelle der regierten Demokratie zu errichten. ♦

PAVLOS TZERMIAS

Pavlos Tzermias, 1925 in Saloniki geboren, lehrt seit 1965 Byzantinistik und Neogräzistik an der Universität Freiburg i. Ü. Von 1984 bis 1992 war er zudem als Neogräzist an der Universität Zürich tätig. Von 1977 bis 1979 leitete er das Europäische Kulturzentrum in Delphi.

SPLITTER

Wenn ich etwas kennen würde, das mir persönlich von Nutzen, jedoch von Nachteil für meine Familie wäre, würde ich es aus meinem Gesichtskreis verbannen. Wenn ich etwas kennen würde, das für meine Familie nützlich wäre, nicht aber für mein Vaterland, würde ich versuchen, es zu vergessen. Wenn ich etwas kennen würde, das nützlich für mein Vaterland wäre, jedoch von Nachteil für Europa, beziehungsweise nützlich für Europa und gleichzeitig von Nachteil für die Menschheit, würde ich es als ein Verbrechen betrachten.

MONTESQUIEU, zit. in: Ulrich Im Hof, Das Europa der Aufklärung, München 1993, S. 247.